



# EUROPÄISCHES PARLAMENT

Dr. Horst Schnellhardt  
Mitglied des Europäischen Parlaments

## Europa-Kommunal

Kommunale Nachrichten aus und für Europa  
Donnerstag, 28. Januar 2010



### **1. „EU 2020“**

**In Nachfolge der Lissabon-Strategie wird die Strategie „EU-2020“ vorbereitet.** Bereits im Frühjahr 2010 sollen die Elemente der neuen Strategie von der Kommission zur Diskussion vorgelegt werden. Die EU-Staats- und Regierungschefs dazu wörtlich in den Schlussfolgerungen vom 11. Dezember 2009: „In Anbetracht der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Krise wie auch der Herausforderungen der Bevölkerungsalterung, zunehmender Ungleichheiten und des Klimawandels wird mehr denn je ein neuer Ansatz benötigt.“ Mit der neuen Strategie „EU-2020“ soll die nationale Eigenverantwortung durch eine aktivere Einbeziehung der Sozialpartner wie auch der regionalen und der lokalen Gebietskörperschaften gestärkt werden. Wegen der bisher fehlenden Einbeziehung des Parlaments gibt es derzeit Hinweise, dass entgegen der offiziellen Zeitplanung die EU-2020-Strategie erst im Juni durch den Europäischen Rat verabschiedet wird.

Die Schlussfolgerung des Rats vom 10./11. Dezember 2009 unter  
[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/ec/111898.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/111898.pdf)

Das Arbeitsdokument der Kommission vom 24. November 2010 zur zwischenzeitlich beendeten Konsultation über die künftige EU-Strategie unter  
[http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/eu2020\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/eu2020_de.pdf)

### **2. Ratspräsidentschaften**

**Das Arbeitsprogramm der Ratspräsidentschaften bis Juni 2011 liegt vor.** Ein 89-seitiges Papier enthält das gemeinsame Arbeitsprogramm der drei kommenden Ratspräsidentschaften Spanien (1. Januar bis 30. Juni 2010), Belgien (1. Juli bis 31. Dezember 2010) und Ungarn (1. Januar bis 30. Juni 2011). In einem ersten Teil werden in Abstimmung mit den anschließenden Präsidentschaften – der polnischen, der dänischen und der zyprischen – die langfristigen strategischen Ziele dargelegt. Der zweite (umfassende) Teil enthält das operationelle Programm mit den Themen, die während der 18 Monate anstehen.

Das Arbeitsprogramm der drei Präsidentschaften (Triopräsidentschaft) unter  
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st16/st16771.de09.pdf>

Eine Zusammenfassung unter  
<http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2009/triopräsidentschaft.pdf>

### **3. Lissabon-Vertrag**

**Es gibt eine knappe Erläuterung des Lissabon-Vertrags.** Auf 16 Seiten erläutert der „Wegweiser durch den Lissabon Vertrag“ die wichtigsten Bestimmungen, die Einzelheiten der institutionellen Veränderungen und ein Glossar der Fachbegriffe.

Die Broschüre zum Download unter

<http://ec.europa.eu/publications/booklets/others/84/de.pdf>

### **4. Europafähige Verwaltungen**

**Die Kompetenz der Verwaltungen bei der Inanspruchnahme von EU-Förderprogrammen soll gestärkt werden.** Diesem Ziel dient am 4. und 5. März 2010 eine Fachkonferenz in Berlin. Ausrichter ist das Europäische Institut für Öffentliche Verwaltung EIPA, in Zusammenarbeit mit den Kommunalen Spitzenverbänden und dem VKU. Die Teilnahmegebühr für Kommunen beträgt pro Person 525 €.

Das Programm und weitere Einzelheiten unter

<http://www.praxisforum-europa.eu/cms/index.php?id=505>

### **5. Bodenschutzrahmenrichtlinie**

**Das Thema Bodenschutz ist wieder auf der EU-Agenda.** In ihrem Arbeitsprogramm hat die Triopräsidentschaft Spanien – Belgien – Ungarn eine Einigung über die vorgeschlagene "Bodenschutzrichtlinie" zu ihrem Ziel erklärt, die „wirksam und uneingeschränkt umgesetzt werden“ soll. Seit Dezember 2007 wird auf EU-Ebene über die Bodenschutzrahmenrichtlinie verhandelt. Das Verfahren war aber durch eine so genannte „blocking minority“ aus fünf Mitgliedstaaten gestoppt worden. Neben Deutschland sprachen sich Österreich, Frankreich, die Niederlande und Großbritannien gegen die Richtlinie aus. Dafür ausschlaggebend war die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips: Der Bodenschutz stellt keinen grenzüberschreitenden Sachverhalt dar und kann von den Mitgliedstaaten selbst sinnvoller erledigt werden als von der EU. Für das weitere Verfahren wird jetzt wohl das Verhalten Frankreichs entscheidend sein. Bisher gab es zwischen Deutschland und Frankreich eine Einigung über die Aufrechterhaltung der Sperrminorität im Rat. Es gibt aber Hinweise, dass Frankreich seine Haltung zur Bodenschutzrahmenrichtlinie geändert haben soll. In einer kontroversen Parlamentsdebatte am 4. September 2008 sprach sich eine Mehrheit der Abgeordneten kritisch über eine europäische Bodenschutzregelung aus. Es wurde insbesondere auf die lokale Verortung des Bodens, die zu achtende Subsidiarität sowie die bereits 18 bestehenden europäischen Regelungen den Boden betreffend hingewiesen (u. a. Wasserrahmen-, Grundwasser- und Nitratrichtlinie). Dr. Horst Schnellhardt dazu: "Bei der Vorstellung des Programms der spanischen Ratspräsidentschaft durch die spanische Landwirtschaftsministerin Espinosa kritisierten die deutschen CDU-Abgeordneten das Vorhaben der Spanier."

### **6. Deutsche im EU-Ausland**

**Knapp eine Million Deutsche leben in den Nachbarländern.** Allein in der Schweiz leben rund 203.000 und in Österreich 120.000 Deutsche. In den Benelux-Staaten lebten 2008 rund 112.000 Deutsche. Für Frankreich liegen nur Daten für 2005 vor. Damals wohnten rund 91.000 Deutsche zwischen Rhein und Atlantik. In Dänemark, Polen und der Tschechischen Republik lebten 2008 zusammen etwa 46.000 Deutsche. Am deutlichsten stieg die Zahl 2008 gegenüber 2007 in der Schweiz (+29.000), in Österreich (+11.000) und in der Tschechischen Republik (+6.000).

Auch in den weiter entfernten Staaten der EU lebten viele Deutsche. Besonders beliebt sind Spanien, wo 2008 rund 182.000 Deutsche lebten und Italien, wo 40.000 Einwohner die

deutsche Staatsangehörigkeit besaßen. Für das Vereinigte Königreich liegen nur Daten für 2005 vor. Damals wohnten dort rund 100.000 Deutsche.

Die Presseinformation des Statistischen Bundesamts vom 17. Dezember 2009 unter [http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2009/12/PD09\\_494\\_124,templateId=renderPrint.psml](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2009/12/PD09_494_124,templateId=renderPrint.psml)

## **7. Ausländer**

**2008 waren 6% der EU-Bevölkerung Ausländer.** Am 1. Januar 2008 lebten 30,8 Millionen ausländische Staatsangehörige in den EU27-Mitgliedstaaten, von denen 11,3 Millionen Staatsangehörige eines anderen EU27-Mitgliedstaats waren. Die verbleibenden 19,5 Millionen waren Drittstaatenangehörige, davon waren 6 Millionen Staatsangehörige anderer europäischer Länder, 4,7 Millionen Staatsangehörige afrikanischer Länder, 3,7 Millionen Staatsangehörige asiatischer Länder und 3,2 Millionen Staatsangehörige des amerikanischen Kontinents. Ausländische Staatsangehörige machten 6,2% der Gesamtbevölkerung der EU27 aus.

Im Jahr 2008 wurden die meisten ausländischen Staatsangehörigen in Deutschland (7,3 Mio. Personen), Spanien (5,3 Mio.), Großbritannien (4 Mio.), Frankreich (3,7 Mio.) und Italien (3,4 Mio.) verzeichnet. Über drei Viertel der ausländischen Staatsangehörigen in der EU lebten in diesen Mitgliedstaaten.

Pressemitteilung von eurostat vom 16. Dezember 2009 unter [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_PUBLIC/3-16122009-BP/DE/3-16122009-BP-DE.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-16122009-BP/DE/3-16122009-BP-DE.PDF)

## **8. Asyl**

**2008 erhielten 76.300 Menschen in den EU-Mitgliedstaaten Asyl.** 59.300 Personen wurde der Schutzstatus in erster Instanz zuerkannt, 17.000 Personen erhielten diesen in zweiter Instanz. Zwei Drittel aller Zuerkennungen des Schutzstatus wurden in Frankreich, Deutschland (hier 10.700), Großbritannien, Italien und Schweden registriert. Die größten Personengruppen kamen aus dem Irak (22%), Somalia (12%), Russland (10%), Afghanistan (7%) und Eritrea (6%). In Deutschland wurde 2008 10.700 Personen ein Schutzstatus zugesprochen. Damit liegt Deutschland direkt hinter Frankreich, wo 11.500 Menschen der Schutzstatus zugesprochen wurde. England (10.200), Italien (9.700), Schweden (8.700), Niederlande (6.100) und Österreich (5.700).

Die Pressemitteilung von Eurostat vom 8. Dezember 2009 unter <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/175&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## **9. Junge Menschen**

**Ein Fünftel der Bevölkerung in der EU ist zwischen 15 und 29 Jahre alt.** Eurostat hat dazu ein statistisches Porträt veröffentlicht. Wie alt sind diese jungen Menschen im Durchschnitt, wenn sie das Elternhaus verlassen? Wie unterscheiden sich Arbeitslosenquoten je nach Bildungsniveau? Wie hoch ist der Anteil junger Menschen, die mit einem befristeten Vertrag arbeiten? Die Statistik zeigt, dass es z.T. gravierende Unterschiede im Verhalten junger Menschen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten gibt. So beträgt das Durchschnittsalter junger Männer beim Verlassen des elterlichen Haushalts zwischen 23,1 Jahren in Finnland und bis zu 31,5 Jahren in Bulgarien, Slowenien und Slowakei (in Deutschland 25,1 Jahre und in Österreich 26,9). Bei Frauen reichte das Durchschnittsalter von 22,0 Jahren in Finnland bis zu 29,8 Jahren in der Slowakei, 29,6

Jahren in Slowenien und 29,5 Jahren in Italien (Deutschland 23,9 Jahre und Österreich 25,1).

Die Presseerklärung vom 10. Dezember 2009 mit dem „Statistisches Porträt des Lebensstils junger Menschen“ unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/177&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

#### **10. Kinderrechte** Termin 19. März 2010

**Derzeit läuft ein Poster-Wettbewerb über Kinderrechte.** Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 18 Jahren sind dazu aufgerufen, ihre in der UN-Konvention verbrieften Rechte malerisch auf einem Poster darzustellen. Die Teilnehmer werden in zwei Altersgruppen (10 bis 14 Jahre und 15 bis 18 Jahre) eingeteilt und müssen in Teams von mindestens vier Personen arbeiten und eine erwachsene Person muss die Aufsicht übernehmen. Die drei besten Teams jeder Altersgruppe dürfen dann vom 8. bis 10. Mai 2010 für ein Wochenende nach Brüssel reisen, wo die europäische Preisverleihung erfolgt. Einsendeschluss ist der 19. März 2010.

Informationen zum Wettbewerb sowie das Teilnahmeformular unter [http://www.europayouth.eu/index\\_de.htm](http://www.europayouth.eu/index_de.htm)

#### **11. Junge Elternpaare**

**Junge Elternpaare sollen besser geschützt werden.** Darauf haben sich die zuständigen Fachminister der Mitgliedstaaten am 30.11.2009 geeinigt. Grundlage ist eine entsprechende Rahmenvereinbarung der Sozialpartner. Danach soll berufstätigen Eltern künftig nach der Geburt oder Adoption eines Kindes ein viermonatiger Elternurlaub pro Elternteil zustehen, anstatt bisher nur 3 Monate. Fragen zum Einkommen während des Elternurlaubs werden von den EU-Mitgliedstaaten und/oder Sozialpartnern auf nationaler Ebene entschieden. Weiterhin wurde festgelegt, dass Arbeitnehmern/innen, die Elternurlaub beantragen oder in Anspruch nehmen, daraus keine wesentlichen Nachteile entstehen dürfen. Nach Rückkehr des Arbeitnehmers/ der Arbeitnehmerin aus dem Elternurlaub soll daneben eine vorübergehende Änderung der Arbeitszeit zu Gunsten des jungen Elternteils möglich sein. Die Belange von Eltern mit Adoptivkindern und behinderten oder langzeiterkrankten Kindern sollen besondere Berücksichtigung finden. Nach der im Rat erzielten politischen Einigung wird die neue Richtlinie in den kommenden Monaten formal verabschiedet werden.

Siehe auch Richtlinienvorschlag vom 30. Juli 2009

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0410:FIN:DE:PDF>

#### **12. Adoptionen**

**Bei Internationalen Adoptionen will die EU eine zentrale Rolle spielen.** Sie will insbesondere dafür sorgen, dass bei Adoptionen das Kindeswohl bestmöglich berücksichtigt wird und dass durch die Adoption ein Kind eine Familie erhält und nicht umgekehrt. In einem ersten Schritt wurden auf einer Konferenz in Straßburg die besonderen Probleme in den EU-Mitgliedstaaten und die Ergebnisse vergleichender Studien erörtert, die die Kommission und das Parlament zu diesem Thema in Auftrag gegeben haben.

Die Pressemitteilung der Kommission vom 30. November 2009 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1839&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **13. Menschen mit Behinderung**

**EU-Projekte für Menschen mit Behinderung sind im Internet abrufbar.** Mit dem ENEVA Portal soll die Verbreitung der Ergebnisse der mit EU-Mitteln finanzierten Projekte gefördert werden. Der erste Schritt beschäftigt sich mit Projekten, die in sechs verschiedenen europäischen Ländern koordiniert wurden. Ziel ist es, gut dokumentierte Resultate (Originaldokumente und Abschlussberichte) zu sammeln, damit diese von Interessensgemeinschaften durchsucht und verwendet werden können.

Das Portal unter <http://www.enevaproject.eu/content/view/16/32/lang,aut/>

### **14. Berufsqualifikationen**

**Es gibt einen Leitfaden zur Anerkennung von Berufsqualifikationen in der EU.** Der Benutzerleitfaden beinhaltet 66 Fragen und Antworten zu Themenfeldern, mit denen Berufstätige bei der Anerkennung ihrer Qualifikationen in einem anderen EU-Mitgliedstaat konfrontiert werden können.

Die Presseinformation der Kommission vom 9. Dezember 2009 unter <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1898&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Der Leitfaden (44 Seiten) unter [http://ec.europa.eu/internal\\_market/qualifications/news\\_de.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/qualifications/news_de.htm)

### **15. Vergaberecht**

**Für die öffentliche Auftragsvergabe gibt es neue Schwellenwerte.** In Anpassung an den Dollarkurs hat die Kommission per Verordnung folgende Änderungen festgelegt: Für Bauaufträge 4,845 Mio € (bisher 5,15 Mio €) und für Dienstleistungs- und Lieferaufträge 193.000 € (bisher 206.000 €) bzw. 387.000 € im sogenannten Sektorenbereich (bisher 412.000). Dienstleistungs- und Lieferaufträge der Oberen und Obersten Bundesbehörden sowie vergleichbarer Bundeseinrichtungen: 125.000 € (bisher: 133.000 €). Die Verordnung (Nr. 1177/2009) wurde am 1. Dezember 2009 im Amtsblatt der EU veröffentlicht und ist am 1. Januar 2010 in Kraft getreten. Das heißt, dass die Schwellenwerte ab diesem Zeitpunkt unmittelbar Geltung haben, ohne dass es noch einer gesonderten Umsetzung in den Mitgliedstaaten bedarf. Die Städte und Gemeinden sind deshalb gehalten, bei Auftragsvergaben die neuen Schwellenwerte zu beachten. Die formelle Übernahme der neuen Schwellenwerte wird im Januar 2010 durch das Bundeskabinett erfolgen.

Der Verordnungstext unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:314:0064:0065:DE:PDF>

Das "Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen" der WTO, das in regelmäßigen Abständen die Anpassung der Schwellenwerte der EU-Vergaberichtlinien an den Dollarkurs vorsieht, unter <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Aussenwirtschaft/Handelspolitik-EU-WTO/wto.did=193338.html>

### **16. Vergaberecht - Drittstaaten**

**Die Kommission hat ein Vergabehandbuch für Aufträge in Drittstaaten vorgelegt.** Es erläutert erstmals in deutscher Sprache die Verfahren für die Teilnahme an den EU-Außenhilfeprogrammen. Unternehmen können an EU-Ausschreibungen für Dienstleistungs-, Liefer- und Bauaufträge in den EU-Kandidaten- und EU-Nachbarländern, in Afrika, Asien und Lateinamerika teilnehmen.

Das „Handbuch für Vergabeverfahren im Rahmen von EG-Außenmaßnahmen“ unter [http://ec.europa.eu/europeaid/work/procedures/implementation/practical\\_guide/documents/2008new\\_prag\\_final\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/europeaid/work/procedures/implementation/practical_guide/documents/2008new_prag_final_de.pdf)

### **17. Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP)**

**Die Kommission setzt verstärkt auf ÖPPs.** In einer Mitteilung vom 19. November 2009 hat sie angekündigt, diese Finanzierungsform künftig stärker zu nutzen, um u. a. private und öffentliche Investitionen zum Ausbau von Infrastrukturen und zur Bereitstellung von Dienstleistungen zu fördern. Es soll eine ÖPP-Gruppe eingesetzt werden, die Leitlinien zur Verringerung des Verwaltungsaufwands erarbeiten und u. a. auch prüfen soll, ob Baugenehmigungen für ÖPPs erleichtert werden können. Vorgesehen ist auch die Möglichkeit, dass sich die EU an privatrechtlichen Einrichtungen beteiligen und direkt in konkrete Projekte investieren kann. Darüber hinaus erwägt die Kommission, einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Vergabe von Dienstleistungskonzessionen in 2010 vorzulegen.

Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1740&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Die Mitteilung (18 Seiten) der Kommission vom 19. November 2009 zum Ausbau der ÖPP unter

[http://ec.europa.eu/growthandjobs/pdf/european-economic-recovery-plan/ppp\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/growthandjobs/pdf/european-economic-recovery-plan/ppp_de.pdf)

### **18. Bahnreisen**

**Die EU hat die Rechte der Bahnreisenden gestärkt.** Die Bahnkunden haben u.a. folgende Rechte:

- Diskriminierungsfreier Zugang zu Zügen und Hilfeleistungen für Personen mit Behinderungen oder mit eingeschränkter Mobilität.
- Stärkung des Rechts auf Schadenersatz bei Verlust oder Beschädigung des Gepäcks (bis € 1.285 je Gepäckstück).
- Stärkung des Rechts auf Schadenersatz bei Verspätung oder Ausfall von Zügen.
- Die Mindestentschädigung beträgt 25% des Fahrkartenpreises bei Verspätungen zwischen einer und zwei Stunden bzw. 50% ab einer Verspätung von 2 Stunden.
- Anspruch der Bahnreisenden auf umfassende Informationen, z. B. Über Verspätungen, vor und während der Reise.
- Eisenbahnunternehmen und Bahnhofsbetreiber müssen in Bahnhöfen und Zügen die persönliche Sicherheit der Reisenden gewährleisten.
- Die Mitgliedstaaten müssen sicherstellen, dass Reisende sich an eine unabhängige Beschwerdestelle wenden können, wenn sie der Meinung sind, dass ihre Rechte missachtet wurden.

In Deutschland gelten die neuen EU-Fahrgastrechte für Bahnreisende seit dem 29. Juli 2009, weil ein deutsches Gesetz die Umsetzung vorweggenommen hat.

Die Pressemitteilung der Kommission vom 3. Dezember 2009 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1871&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **19. Flugreisen** Termin: 1. März 2010

**Die Rechte der Flugreisenden sind in der EU umfassend geregelt.** Mit einer Informationskampagne will die Kommission darüber alle Reisenden informieren. Neben

Hinweisen auf einer besonderen Internetseite in allen EU-Amtssprachen soll es bis 2011 Videoclips, Poster und Veröffentlichungen an Verkehrsknotenpunkten wie Flughäfen, Bahnhöfen und auf internationalen Tourismusmessen geben. In einer breit angelegten öffentlichen Konsultation werden bis zum 1. März 2010 die bisherigen Erfahrungen ermittelt und mit einer öffentlichen Konferenz in Brüssel im Frühjahr 2010 abgeschlossen.

Die bestehenden Regelungen umfassend unter  
<http://www.eiz-niedersachsen.de/fluggastrechte.html>

Die Konsultation (Englisch) unter  
[http://ec.europa.eu/transport/passengers/consultations/2010\\_03\\_01\\_apr\\_legislation\\_en.htm](http://ec.europa.eu/transport/passengers/consultations/2010_03_01_apr_legislation_en.htm)

## **20. Busreisen**

**Die Kommission will nun auch die Rechte der Busreisenden stärken.** Ähnlich wie für Flugpassagiere und Bahnfahrgäste sind Rechtsansprüche bei Verspätung und Ausfall von Fahrten sowie die Unterstützung von Fahrgästen mit eingeschränkter Mobilität vorgesehen. Darauf haben sich die Verkehrsminister der Mitgliedstaaten geeinigt. Der ÖPNV kann durch nationale Entscheidung von diesen Rechtsansprüchen befreit werden, bestimmte Basisrechte von Menschen mit Behinderung ausgenommen. Der Bundesverkehrsminister hat bereits erklärt, dass für Deutschland der ÖPNV von diesen Vorschriften soweit als möglich ausgenommen werden wird. Das Parlament muss dem Beschluss noch zustimmen, bevor die Mitgliedstaaten die Verordnung in nationales Recht umsetzen können.

Verordnungsentwurf über Fahrgastrechte im Busverkehr vom 4. Dezember 2009  
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0817:FIN:DE:PDF>

Zur Einigung der EU-Verkehrsminister vom 17. Dezember 2009 (Englisch, dort Seite 7) unter  
[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/trans/111996.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/111996.pdf)

## **21. Artgerechte Tierhaltung**

**Produkte aus artgerechter Haltung sollen beim Einkauf besser erkannt werden.** Diesem Ziel dient ein von der Kommission vorgelegter Bericht, mit dem die Diskussion zur Tierschutzkennzeichnung eingeleitet worden ist. Damit soll dem Verbraucher die Entscheidung für den Kauf artgerechter Produkte erleichtert und damit den Produzenten ein wirtschaftlicher Anreiz für die Verbesserung des Tierschutzes gegeben werden. Dem Bericht liegen eine externe Studie und eine umfassende Befragung von Betroffenen zugrunde. Zu den möglichen Maßnahmen zählen die Kennzeichnung der artgerechten Haltung von Lebensmittel liefernden Tieren, die Kennzeichnung des Haltungssystems und die Kennzeichnung der Einhaltung von EU-Mindestnormen, die Festlegung von Anforderungen an freiwillige Tierschutzangaben, die Einführung eines frei verfügbaren freiwilligen EU-Tierschutzlabels und der Entwurf von Leitlinien für Kennzeichnung und Qualitätsverfahren im Bereich Tierschutz. Dr. Horst Schnellhardt kritisch: "Wie diese Informationen vermittelt werden sollen, ist für mich ein Rätsel."

Die Pressemitteilung der Kommission unter  
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1610&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Der Bericht vom 28. Oktober 2009 über Optionen für eine Tierschutzkennzeichnung (12 Seiten) unter  
[http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/farm/docs/options\\_animal\\_welfare\\_labelling\\_report\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/farm/docs/options_animal_welfare_labelling_report_de.pdf)

## **22. Grenzüberschreitende Geschäftstätigkeit**

**Die Kommission hat das Internetportal für grenzüberschreitende Geschäftstätigkeit überarbeitet.** Das Informationsportal „Europa für Sie – Unternehmen“ soll insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) helfen, ihre Leistungen EU-weit zu vermarkten. Das Portal informiert über gesetzliche und administrative Rahmenbedingungen sowie Möglichkeiten und Grenzen der Geschäftstätigkeit in den EU-Mitgliedstaaten. Es gibt Antworten auf Fragen wie: Wie registriert man ein Unternehmen in den Niederlanden? Welche Genehmigungen braucht man, um seine Produkte auch in Italien zu vermarkten? Was muss ein Unternehmer über das polnische Steuerrecht oder über das deutsche Arbeitsrecht wissen?

Das Portal unter

[http://ec.europa.eu/youreurope/business/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/youreurope/business/index_de.htm)

## **23. Korruption**

**Die Kommission will verstärkt gegen Korruption vorgehen.** Korruption hat viele Gesichter und umfasst die illegale Parteienfinanzierung, die Durchdringung von Regierung und Strafverfolgung als Instrument der organisierten Kriminalität, das Schmiergeld, mit dem ein öffentlicher Auftrag gewonnen werden soll und das „Taschengeld“, mit dem vermieden wird, für einen Verstoß gegen die Verkehrsordnung zu zahlen. Die Kommission hat nun vorgeschlagen, die Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen in den 27 Mitgliedstaaten der EU regelmäßig zu bewerten, die Zusammenarbeit zu fördern und bewährte Verfahren zu verbreiten. Nach der jüngsten Eurobarometer-Umfrage meinten 78% der Unionsbürger, dass Korruption in ihrem Land ein großes Problem ist. Weitgehende Einigkeit herrsche in Bezug auf die Aussage, dass Korruption in Europa vorkomme, auf lokaler Ebene 81% (Deutschland 79 %, Frankreich 79 %, England 75 %, Griechenland 98 % und Dänemark 30%), nationaler Ebene 83% (Deutschland 80 %, Frankreich 83 %, England 76 %, Griechenland 98 % und Dänemark 35%) und in den regionalen EU-Institutionen 81% (Deutschland 81 %, Frankreich 80 %, England 74 %, Griechenland 97 % und Dänemark 31%).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1899&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Das Eurobarometer Spezial (97 Seiten) vom November 2009 unter

[http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/ebs/ebs\\_325\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_325_de.pdf)

## **24. Hotelsterne**

**Ab Januar 2010 wird es ein gemeinsames Klassifikationssystem in sieben europäischen Ländern geben.** Das haben die Hotelverbände aus Österreich, Deutschland, der Niederlande, Schweden, der Schweiz, Tschechien und Ungarn mit der Gründung der „Hotelstars Union“ beschlossen. Grundlage sind 21 Prinzipien von HOTREC (Hotels, Restaurants & Cafés in Europa) zur Weiterentwicklung von Hotelklassifizierungssystemen. Die gemeinsame Hotelklassifizierung basiert auf insgesamt 270 einzelnen Kriterien – einer Kombination von Mindestkriterien je Kategorie und fakultativen Kriterien.

Weitere Informationen und der Kriterienkataloge (Englisch) unter [www.hotelstars.eu](http://www.hotelstars.eu)

Zu den verschiedenen Klassifizierungssysteme in Europa unter [www.hotelstars.org](http://www.hotelstars.org)

**25. EU-Bio-Logo** Termin: 31. Januar 2010

**Die EU-Bürger können über ein neues EU-Bio-Logo abstimmen.** Zur Online-Wahl stehen drei verschiedene Kennzeichnungen, die im Vorfeld aus mehr als 3.400 Vorschlägen ausgewählt wurden. Mithilfe des neuen Logos soll der Verbraucherschutz verbessert und die biologische Landwirtschaft gefördert werden. Im Gegensatz zu dem derzeitigen Logo wird das Gewinnerlogo ab Mitte 2010 verpflichtend sein für alle verpackten biologischen Erzeugnisse, die aus den 27 Mitgliedstaaten stammen und die Kennzeichnungsnormen erfüllen. Die Abstimmung läuft bis zum 31. Januar 2010.

Die Abstimmungs-Webseite

[http://ec.europa.eu/agriculture/organic/logo/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/organic/logo/index_de.htm)

Die Pressemitteilung vom 07.12.2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1883&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

**26. Katastrophenschutz**

**Deutschland und die Niederlande vereinbaren engere Zusammenarbeit im Katastrophenschutz.** In Seminaren und Stabsübungen sollen sich Krisenmanager beider Länder zu den Arbeitsweisen und Strukturen des jeweiligen Partners austauschen. Dazu zählen Mitarbeiter von Feuerwehr, Polizei, Militär und Hilfsorganisationen wie dem Deutschen Roten Kreuz, aber auch an Krisenstäben beteiligte medizinische und politische Fach- und Führungskräfte. Ziel der zweisprachigen Ausbildung ist es, grenzüberschreitende Krisen wie Naturkatastrophen größeren Ausmaßes oder Terroranschläge gemeinsam besser zu bewältigen. Zweimal jährlich sind Übungen an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz in Bad Neuenahr-Ahrweiler geplant, die innerhalb des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Bonn, die zentrale Aus- und Fortbildungseinrichtung ist.

Weitere Einzelheiten unter

[http://www.bbk.bund.de/cln\\_027/nn\\_402322/DE/04\\_Presse/01\\_Pressemitteilungen/2009/17121300\\_Kooperation\\_NIFV-BBK.html](http://www.bbk.bund.de/cln_027/nn_402322/DE/04_Presse/01_Pressemitteilungen/2009/17121300_Kooperation_NIFV-BBK.html)

**27. Internet**

**Eu-weit steigt die private Nutzung des Internets.** Das zeigt ein Bericht von Eurostat. In Deutschland hatten im ersten Quartal 2009 79% (Österreich 70 %, EU27 65 %, Niederlande 90 %) der Haushalte einen Internetzugang und einen Breitbandzugang 65 % (Österreich 58 %, EU27 56 %, Schweden 80 %). 80 % der Breitbandverbindungen erreichen nun Download-Geschwindigkeiten von mindestens 2 Megabit/ Sekunde, die Web 2.0-Anwendungen und Video-Streaming erlauben.

Von den 16 bis 24-Jährigen nutzten in Deutschland 80% (Österreich 70 %, EU27 73 %, Niederlande 90 %) das Internet im Durchschnitt täglich oder fast täglich und von den 16 bis 74-Jährigen 55 % (Österreich 48 %, EU27 48 %, Niederlande 73 %). In den letzten 12 Monaten haben in Deutschland 56 % (Österreich 41 %, EU27 37 %, England 62 %) der Einzelpersonen Waren oder Dienstleistungen für private Zwecke über das Internet (e-Shopping) gekauft oder bestellt.

Die Pressemitteilung der Kommission unter

---

Europäisches Parlament ♦ ASP 15E115 ♦ Rue Wiertz straat ♦ B-1047 Bruxelles/Brussel  
Tel.: +32-2-284.76.18 ♦ Fax: +32-2-284.96.18 ♦ E-mail: [horst.schnellhardt@europarl.europa.eu](mailto:horst.schnellhardt@europarl.europa.eu)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/176&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Eine Kurzfassung der Studie (Englisch 6 Seiten) unter  
[http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_OFFPUB/KS-QA-09-046/EN/KS-QA-09-046-EN.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-QA-09-046/EN/KS-QA-09-046-EN.PDF)

### **28. Internetdomäne „.eu“**

**Die Internetdomäne „.eu“ kann jetzt mit den Schriftzeichen aller 23 Amtsprachen registriert werden.** Bisher mussten Internet-Domännennamen zwingend entweder ganz oder zumindest teilweise aus Schriftzeichen des lateinischen Alphabets bestehen. Nunmehr können Namen unter „.eu“ registriert werden, die Zeichen wie „à“, „â“, „ä“, „ψ“ oder „Д“ enthalten, was für Sprachen wie Griechisch und Bulgarisch eine große Rolle spielt. Auch Spanier und Basken werden dann Domännennamen mit „ñ“ und Franzosen, Portugiesen und Katalanen mit „ç“ registrieren können.

Pressemitteilung vom 10. Dezember 2009 unter  
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1903&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **29. Europäischer Gerichtshof (EuGH)**

**Der EuGH hat einen neuen Internetauftritt.** Jetzt können bereits von der deutschsprachigen Startseite aus Urteile der drei Rechtsprechungsorgane recherchiert werden. Die neuesten Urteile und Schlussanträge der drei Gerichte sind von der Startseite aus mit nur einem Klick erreichbar. Der Gerichtshof der EU in Luxemburg besteht aus drei Gerichten: dem Gerichtshof, dem Gericht erster Instanz (errichtet 1988) und dem Gericht für den öffentlichen Dienst (errichtet 2004), die zusammen bisher etwa 15.000 Urteile erlassen haben.

Weitere Informationen unter [http://curia.europa.eu/jcms/jcms/j\\_6/startseite](http://curia.europa.eu/jcms/jcms/j_6/startseite)

Pressemitteilungen des EuGH zu aktuellen Entscheidungen unter  
[http://curia.europa.eu/jcms/jcms/Jo2\\_16799](http://curia.europa.eu/jcms/jcms/Jo2_16799)

### **30. EU für Kinder**

**Sophie und Paul entdecken Europa** – so lautet der Titel einer Broschüre für Kinder zwischen fünf und neun Jahren. Kindgerecht und in Comic-Form wird erklärt, was unter der EU zu verstehen ist und wie Kinder in Europa leben. Kleine Tests und ein großes Quiz fordern zum Mitmachen auf.

Bestellungen an: [epberlin@europarl.europa.eu](mailto:epberlin@europarl.europa.eu)

### **31. Europäische Umweltagentur (EUA)**

**Die EUA erstellt unabhängige Informationen über die Umwelt.** Sie ist eine Einrichtung der EU, die Bewertungen und Informationen in Form von Berichten, Kurzübersichten und Artikeln sowie Pressematerial und Online-Produkte und -Dienste zur Verfügung stellt. Die EUA hat jetzt eine kleine Broschüre herausgegeben, in der sie ihre Aufgabenstellung und Methoden vorstellt.

Die Broschüre unter  
<http://www.eea.europa.eu/publications/general-brochure-2009>

Die EUA Website unter  
<http://www.eea.europa.eu/de>

### **32. Interkultureller Kalender**

**Der Interkultureller Kalender 2010 liegt vor.** In dem vom Berliner Integrationsbeauftragten herausgegebenen Kalender sind die wichtigsten Festtage der großen Religionsgemeinschaften und Nationalitäten zusammengestellt.

Weiteres unter  
<http://www.berlin.de/lb/intmig/publikationen/kalender/index.html>

Der Kalender zum Herunterladen unter  
[http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/religion/interkult\\_2010.pdf?start&ts=1254991745&file=interkult\\_2010.pdf](http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/religion/interkult_2010.pdf?start&ts=1254991745&file=interkult_2010.pdf)